GRUNDGESETZ

SPD für „Volksgesetzgebung“

An der SPD-Spitze gibt es Bestrebungen, auf Bundesebene eine „Volksgesetzgebung“ einzuführen. In einem internen Papier fordert der saarländische Landeschef Heiko Maas, das Grundgesetz zu ändern und Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide als Elemente direkter Demokratie zu ermöglichen. Das sei „keine Ersetzung des parlamentarischen Prinzips“, heißt es in dem Papier, das als Vorlage für die Klausur des Parteivorstands am 10. und 11. Januar dient. „Allerdings wird mit der Volksgesetzgebung eine weitere Säule der Gesetzgebung neben Bundestag und Bundesrat errichtet, in der Gesetzesinhalte durch Bürgerinnen und Bürger jederzeit ausgewählt und unmittelbar verbindlich entschieden werden können“, schreibt Maas, der als Präsidiumsmitglied die sogenannte Zukunftswerkstatt Demokratie und Freiheit leitet. SPD-Chef Sigmar Gabriel begrüßte den Vorstoß. „Das ist ein mutiger Entwurf, den ich unterstütze“, sagte er. „Wir brauchen neue Brücken zwischen den parlamentarischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern. Die Politik muss gezwungen werden, ihre Entscheidungen wieder sorgfältiger abzuwägen und besser zu vermitteln.“ Neben der Einführung direkter Demokratie auf Bundesebene sieht der Maas-Vorschlag zudem vor, diese mit der parlamentarischen Demokratie zu verzahnen: Im Verlauf eines Plebiszits soll immer wieder das Parlament eingeschaltet werden, das dann Korrekturen einbringen kann. Über „obligatorische Hearings und Debatten“ solle der Bundestag „zum zentralen Ort gesellschaftlicher Diskussion und Partizipation auf Bundesebene“ werden. Auch finanzwirksame Volksentscheide sollen zulässig sein, nicht jedoch Volksentscheide über die Verfassung und das Haushaltsgesetz. Maas verlangt, bei Großprojekten wie Stuttgart 21 die Bürger von Beginn an zu beteiligen: „Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger als politische Berater.“ Zudem fordert er das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, die seit sechs Jahren anerkannt in Deutschland leben.

Gabriel

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

ZEITGESCHICHTE

„Ausgezeichnete Quelle“

Jahrzehnte vor dem aktuellen FDP-Fall Helmut Metzner versorgte ein CDU-Mann die US-Regierung mit Insiderwissen über seine Partei. Aus kürzlich in Washington freigegebenen Dokumenten geht hervor, dass der Papierindustrielle und CDU-Wirtschaftspolitiker Klaus H. Scheufelen unter der Codebezeichnung CAEDGE C-120 Interna an die CIA weitergab. Scheufelen, der 2008 starb, hatte nach dem Krieg als Raketeningenieur unter Wernher von Braun in den USA gearbeitet. Um die Jahreswende 1956/57 ließ er sich von der CIA anwerben. Ein Jahr später rückte er zum Vorsitzenden des CDU-Landesverbands Nord-Württemberg und zum Mitglied des Bundesvorstands auf. Von Dezember 1963 an hatte er außerdem den Vorsitz im Wirtschaftsrat der Partei inne. Die CIA betrachtete Scheufelen als „einflussreichen Industriellen und Drahtzieher hinter den Kulissen“ sowie als „ausgezeichnete Informationsquelle über die politischen Pläne der CDU“. Sein Führungsoffizier gedachte, ihn zur Einflussnahme auf andere „politische Figuren“ und die von Scheufelen über Strohmänner kontrollierten Zeitungen, darunter den Berliner „Kurier“, zur verdeckten Propaganda zu nutzen. Dass sich der Multimillionär Scheufelen für seine Dienste in bar bezahlen ließ, ist unwahrscheinlich. Dokumenten zufolge hätte Scheufelen gern gesehen, dass ihm die CIA bei der Beschaffung von US-Werbeaufträgen für seine Zeitungen behilflich gewesen wäre. Auch Gattin Rita äußerte Bitten: Für ihre neue elektrische Waschmaschine wünschte sie sich Waschpulver aus amerikanischer Produktion und für ihren Mann bügelfreie Popelinhemden.

SAUL LOEB / AFP

CIA-Zentrale